

Die EU und die Schweiz. Eine Hassliebe?

(Rede beim Efficiency Club Luzern, 12.9.2013)

Einleitung

Ich danke Ihnen herzlich für die Einladung, Sie quasi als Spassbremse zwischen Arbeit und Apéro etwas unterhalten zu dürfen. Ich muss, bevor ich zum eigentlichen Thema komme, ein paar Einschränkungen machen.

Zuerst eine formelle Einschränkung. Ich habe keine Powerpoint Folien mitgebracht. Die meisten von Ihnen haben diese Woche eh mindestens schon eine gesehen bei der Arbeit, und ich bin auch hier etwas altmodisch, dass ich es nicht immer so wichtig finde, Bildlein zu sehen, wenn daneben Text läuft und redet.

Eine inhaltliche Einschränkung: ich verzichte auf allzu viele Zahlen, Facts and Figures, beziehungsweise liefere das nötige Zahlenmaterial in vier Sätzen im ersten Teil. Begründung: Sie sind dann noch wach und aufnahmefähig, und die Zahlen und Daten sind heutzutage jederzeit und leicht abrufbar, sodass ich deshalb auch nicht in der Lage bin, Ihnen da etwas mitzugeben, dass Ihnen neu wäre. Dritte und letzte Einschränkung, eine zeitliche: die Vorgabe, ca. 60Minuten zu reden, ist für mich ziemlich anspruchsvoll. Obwohl ich als Politiker gerne lange rede, ist es noch schwierig, nicht nur eine Stunde lang zu reden, sondern beim Reden auch etwas sagen zu müssen, und gleichzeitig dem Namen Ihres Clubs auch Rechnung zu tragen und „efficient“ zu bleiben. Auch wenn es nicht so scheinen mag: ich bin persönlich mehr an Dialogen als an Monologen interessiert, und vielleicht bin ich also kürzer als 60 Minuten, und Sie können mir dann nachher in der Diskussion umso länger widersprechen, und wir lernen gemeinsam mehr. Und letztendlich nehm ich an, die Präsenz von manchen von Ihnen hier hat mehr mit dem anschliessenden Apéro und Networking zu tun als mit mir und meiner Rede, und da will ich Ihnen auch nicht so lange vor dem Glück stehen.

Inhaltsübersicht

Worüber möchte ich sprechen?

In einem ersten Abschnitt erledige ich das Thema Kennzahlen, dann gehe ich auf das aktuelle Tagesgeschehen ein, das die Europadebatte in der Schweiz heute bestimmt. Ich mache die Feststellung, dass die Debatte heute unaufgerechter ist als auch schon, und versuche Antworten zu geben warum das so sein könnte. Wir sind

heute in der Schweiz – im Gegensatz zu den 90ern – überwiegend der Meinung, es gehe uns besser ausserhalb der EU als drin. Und diese Auffassung bestimmt die aktuelle Debatte.

In einem zweiten Abschnitt möchte ich einen Blick zurück werfen, das Projekt Europäische Gemeinschaft etwas historisch würdigen. Wir verkürzen die Auseinandersetzung, wenn wir heute einfach die EU mit dem gleich setzen, was heute in Brüssel geschieht und von dort kommt. Europa ist mehr als die EU, und die EU war auch einmal anders gedacht. Trotzdem hat sie Historisches geleistet. Der Fall der Berliner Mauer ist ein entscheidender Wendepunkt.

In einem dritten Kreis mache ich dasselbe mit der Haltung der Schweiz zur EU. Auch hier hat sich die Haltung zur EU verändert, vor allem bei den sogenannten Eliten unseres Landes. Wir waren schon einmal sehr unverkrampfte Europäer, zwischendurch waren wir alles andere als das, was wir heute sind, werde ich noch aus meiner Sicht schildern.

In einem vierten Abschnitt mache ich Vorschläge, wie die Schweiz das Verhältnis zur EU zukünftig gestalten sollte, was Europa eigentlich ist, warum die Schweiz das europäischste Land Europas ist und dass man sich deshalb von unserer fast pathologischen Fixiertheit auf jede Zuckung Herrn Barrosos und der EU etwas lösen sollte.

Dann gebe ich fünftens Ratschläge, was die EU tun sollte. Das machen wir Schweizer ja gern, und damit es nicht so besserwisserisch überkommt, wies gemeint ist, stütze ich mich dabei auf den englischen Premierminister Cameron, der mit UK drin ist, aber nicht recht glücklich zu sein scheint, und das auch noch zu sagen wagt.

Sechstens und letztens werde ich den Versuch machen, wie man einem EU Bürger erklären könnte, warum es für uns, aber auch für ihn weitaus besser ist, weiter in diesem Zustand miteinander zu verbleiben, der, wie mein Referatstitel sagt, zwischen Liebe und Hass schwankt. Hier zitiere ich ausführlich aus einer Rede von Nicolas G. Hayek. Die Titelformulierung meines Referats ist mir mittlerweile zu stark. Zwischen Liebe und Hass gibt's noch feinere Gefühlsstufen, und zwischen Nationen gibt es weniger Gefühle als Interessen. Man muss jemanden ja nicht gleich hassen, wenn man trotzdem weiss, dass man ihn oder sie nicht heiraten will.

Das wird also der Verlauf sein, dem entlang ich etwas laut nachdenken möchte über das Verhältnis Schweiz EU, und das redend tue, in der stillschweigenden

Voraussetzung, ich hätte mir auch etwas gedacht, wenn ich rede. Das ist nett, aber nicht so selbstverständlich, wie man meinen könnte.

1. Das aktuelle Tagesgeschäft Schweiz EU: unaufgeregte(?) Normalität (?)

Solange Sie noch wach sind, und aufnahmefähig, mal die paar Sätze mit Zahlenmaterial. Wie sehen die wichtigsten Kennzahlen zwischen der EU und der Schweiz gegenwärtig aus? Rund 1Mio EU Bürgerinnen und Bürger leben hier. Täglich kommen 200'000 Grenzgänger zu uns zur Arbeit. 400'000 Schweizer leben in der EU. Die Schweiz ist mit 8,1% der zweitgrösste Exportmarkt der EU. Schweizer Unternehmen beschäftigen eine Million Personen in der EU. Täglich beträgt der wirtschaftliche Austausch 730 Mio Euro. Wir exportieren 60% in die EU, 118Mia Euro, davon 42Mia allein nach Deutschland, und 90Mia allein an unsere Nachbarn. 80% unserer Importe kommen aus der EU, 138 Mia CHF, davon aber allein aus Deutschland 55Mia, .aus unseren Nachbarländern 99 Mia CH. Das heisst einerseits, dass die EU natürlich ein absolut wichtiger Handelspartner ist, aber es heisst vor allem auch, dass unsere vier Nachbarländer, darunter Deutschland, eigentlich noch viel wichtiger sind. Ein gutes bis sehr gutes Verhältnis zu den Nachbarn kann deshalb Störungen im Verhältnis zur EU durchaus kompensieren.

Und diese Zahlen lassen offen, dass die EU insgesamt nicht die Weltregion ist, die sich durch Wachstum auszeichnet, das hat Konsequenzen für die Schweiz, ich komme später noch dazu.

Im Nationalrat gab es gestern eine fünfstündige Debatte zur Frage, ob und zu welchem Preis die Schweizer Armee neue Kampffjets brauche. Ich hatte gestern, nicht zum ersten Mal, den Eindruck, dass solche Megathemen, die auch die Medien stark beachten, in den letzten Jahren nicht mehr mit der gleichen Heftigkeit und Polemik diskutiert werden, wie noch vor 10 Jahren, von den 90ern gar nicht zu reden. Schauen Sie sich auch die derzeit gemütlich dahin plätschernde Abstimmungskampagne zur Aufhebung der Wehrpflicht an. Die SP ist zwar dafür, engagiert sich aber kaum, die GSoA Jungen wirken brav bieder wie Konfirmanden, die Fetzen fliegen nicht mehr so wie man das eigentlich bei einer die Schweizer Identität betreffenden Frage erwarten könnte. Warum ist das so? Sicher gibt es viele Gründe, aber einen sehe ich darin, dass sich die Diskussionen auch etwas verlagert

haben oder ergänzt werden weg vom Parlament, der normalen politischen Umgebung, hin zu Foren in den neuen Medien.

Dort wird mittlerweile viel Frust abgelassen, bevor die Sache politisch debattiert wird, dort wird schon sehr früh hart debattiert, konkret beim Gripen schon 3 Jahre, und man tobt sich frühzeitig aus, sodass dann, wenn die Entscheide auf der politischen Bühne anstehen, die ärgste Polemik fast schon etwas draussen ist. So ist es meines Erachtens auch beim Thema, zu dem ich rede. Das Verhältnis Schweiz EU wird heute wesentlich weniger polemisch diskutiert als noch vor 10 Jahren. Was sind die aktuellen Themen zurzeit, bezogen auf die EU? Es ist die Frage, ob man Bilaterale 3 mit der EU anpeilen soll, und was der Inhalt dieses Pakets denn sein müsse. Es ist die Frage eines Stromabkommens, wo seitens des Bundes behauptet wird, die Schweiz hätte ein vitales Interesse daran. Es sind die sogenannten institutionellen Themen, wo es um die Frage geht, ob und welche Gerichte entscheiden sollen, wenn sich die Schweiz und die EU in bestimmten Sachfragen nicht einig sind. Die Schwierigkeit besteht darin, dass es für einen souveränen Staat eigentlich inakzeptabel ist, ein EU Gericht zu akzeptieren. Genau dies schlagen die EU und auch Bundesrat Burkhalter letztendlich vor. Erstaunlich daran ist eigentlich nicht, dass er sich das vorzuschlagen traut, sondern dass die Reaktionen darauf nicht viel heftiger ausfielen. Diese drei Themen sind jetzt nicht der Brüller oder Strassenfeger. Ein weiteres Thema, immer wichtiger auf der Agenda: die Haltung der EU, Unternehmen zu bestrafen, wenn sie günstige Standorte suchen, der fiskalistische Zugriff allerorten, und das Einknicken der Schweiz gegenüber den Amerikanern, das man sehr genau verfolgt in der EU. Es ist anzunehmen, dass die EU Kavallerie auch in dieser Frage jetzt dann ausrücken wird. Allerdings erst dann, wenn es die EU schafft bei ihren eigenen Mitgliedern Einigkeit herzustellen, was noch Zeit und Arbeit braucht.

Dazu werden in Zukunft noch Abstimmungen kommen, wo das Verhältnis zur EU thematisiert wird, die Personenfreizügigkeit vor allem, zum Beispiel die Masseneinwanderungsinitiative der SVP oder die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien. Beides sicher umstrittene Fragen, aber weder die Pro noch Kontraseite können jetzt schon sicher sein, wie das Volk entscheiden wird. Das wäre bei einer Abstimmung zur Frage, soll die Schweiz EU Mitglied werden, definitiv anders, wenn überhaupt die 100'000 Unterschriften für eine solche Initiative zustande kämen.

Vor zwei Wochen wurde in der Jubiläums Arena die Frage gestellt: geht es uns besser oder schlechter, nach dem EWR Entscheid? Es gab keinen in der Arena, der behauptete, es gehe uns schlechter, weil wir nicht in der EU seien, die EU Befürworter sagten höchstens, das sei nicht die entscheidende Frage. Es ist sie doch, aber nur in einer direkten Demokratie, wo man genau darüber abstimmen könnte, wenn man wollte. Für die EU und die Bevölkerung in der EU ist das leider keine entscheidende Frage, weil sie nicht entscheiden können. Und wenn sie es selten genug tun, wie in Frankreich, Holland, Irland, dann antworten sie gleich wie die Schweizer. Ich komme später noch darauf zurück.

Kurz: das politische Tagesgeschäft im Verhältnis Schweiz EU wird normal abgearbeitet und von Parlament und Volk Schritt für Schritt entschieden, so wie jedes andere Geschäft auch. Man ist sich einig, dass der Weg ausserhalb der EU für die Schweiz richtig und schwierig, aber weniger schwierig als in der EU ist. Und was den Wettbewerb um Finanzdienstleistungen, Banken und Unternehmenssteuern angeht, wird man ohnehin die globale Entwicklung abwarten müssen, die entscheidender ist.

2. Historische Würdigung der EU

Betrachten wir nun in einem zweiten Kreis die EU selbst etwas genauer. Wenn wir der EU, besser dem Europäischen Gedanken, eine gerechte Beurteilung zukommen lassen wollen, dann muss man sehen, was der ursprüngliche Gedanke war, und ob diese Ziele erreicht wurden. Ein wichtiger Grundgedanke der Gründerväter war, dass man die Länder so miteinander verbinden wollte, dass ein Krieg in Europa, und von Europa aus, nicht mehr möglich sein würde. Die Erfahrung des Kriegs geht uns Schweizern ab, ist aber bei praktisch allen andern Europäern noch nicht so weit weg, gute zwei Generationen alt. Das ist nicht viel. Wir Schweizer vergessen manchmal immer etwas zu gern, dass wir enorm privilegiert sind, was die Verschonung von Krieg angeht. Vor 255 Jahren starben letztmals Schweizer im Krieg, einem Bürgerkrieg, der zur Gründung der Eidgenossenschaft führte. Praktisch jede europäische Familie hat Kriegserinnerungen noch präsent, ausser den Schweizern. Der Motor der Einigung waren Deutschland und Frankreich, Schuman, Monnet, De Gaulle, Adenauer, und andere. Genauso wie der tiefe Hass zwischen Deutschland und Frankreich seit dem 19. Jahrhundert die Hauptursache für europäische Konflikte, letztlich auch für die beiden Weltkriege war, genauso war die entscheidende Voraussetzung für die europäische Einigung, dass genau von diesen beiden Ländern

und ihren Staatschefs die Versöhnungsinitiative ausging. Dieser Hass war wirklich vorhanden, auch wenn Ihnen das heute völlig unverständlich vorkommen mag. Ich habe eine deutsche Mutter, und deren Elterngeneration war im 1. Weltkrieg an der Front, sie kam aus dem Saarland, das wie das Elsass immer wechselnder Spielball zwischen Deutschland und Frankreich war. Ich konnte in den Tagebüchern meiner Grosseltern, Urgrosseltern und deren Geschwistern aus diesen Tagen lesen, wie enorm belastet das Verhältnis war, wie der Feind klar definiert war, und wie man scheinbar selbstverständlich hinnahm, dass ein Krieg pro Generation normale europäische Erfahrung sei. Krieg war lange Zeit die normale europäische Erfahrung, und das nicht lange her.

Angesichts dieser Situation ist es schon erstaunlich, zu sehen, dass schon 5 Jahre nach dem 2. Weltkrieg der französische Aussenminister Robert Schuman die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vorschlug, und wie diese Idee von Jean Monnet, Charles de Gaulle und Konrad Adenauer vorwärts getrieben wurde. Die Grundidee war, wenn Waren die Grenzen überqueren, dann tun es Armeen nicht mehr, wenn die Länder wirtschaftlich miteinander vernetzt sind, dann entstehen gegenseitige Abhängigkeiten, sodass die Länder mehr zu verlieren haben, wenn sie aufeinander losgehen. Diese Rechnung ist aufgegangen. Es ist vermutlich die grösste historische Leistung der EG, der EU später, dass sie die Kriegswahrscheinlichkeit in Europa entscheidend senken konnte.

Ich stelle manchmal in verächtlichen Kommentaren in der Schweiz über die Fehlkonstruktion EU, den Bürokratismus, den Euro usw., also in Kommentaren über alles was schlecht läuft, ein Haltung fest, die die grosse Leistung der EU nicht würdigt. Wir Schweizer müssen manchmal den Respekt, den wir wie selbstverständlich gegenüber uns und unseren genialen Leistungen, unserer Direkten Demokratie usw. erwarten, auch den Partnern in der EU entgegen bringen, wenn wir vernünftig mit ihnen weiter kommen wollen. Einem Franzosen oder schon gar einem Deutschen bedeutet die europäische Einigung immer schon sehr viel als Wert an sich, und sie sind deshalb auch bereit, diese Idee mitzutragen. Ein Brite sieht auch das, wie manches andere, auch etwas anders. Für uns Schweizer gilt bei der Würdigung der EU aber, dass Anstand gegenüber Geschäftspartnern immer die bessere Haltung als Überheblichkeit war. Kritische Betrachtung ja, aber Häme ist nicht angebracht, sie wäre auch selbstgerecht.

Der Kalte Krieg veränderte die Europäische Gemeinschaft in dem Sinn, dass die Einbindung in den Westen forciert wurde. Europäische Werte – wir können dann nachher noch darüber diskutieren, was denn diese eigentlich sind, wurden zur Identifikation des Westens gegenüber dem kommunistischen Osten genutzt. Die EG/EU erweiterte sich in Westeuropa. Nebst der wirtschaftlichen Verflechtung kam die politische dazu, obgleich die Nationen eifersüchtig darauf achteten, keine Souveränität nach Brüssel abgeben zu müssen.

Der Fall der Berliner Mauer bedeutete meines Erachtens auch für die EU eine ganz entscheidende Zäsur. Die Westanbindung wurde abgelöst durch den Drang der ehemals sozialistischen Staaten in die Europäische Gemeinschaft, um sich von der Abhängigkeit von Russland möglichst nachhaltig zu lösen. Die EU sah natürlich vor allem die wirtschaftliche Opportunität, die Märkte und deren Potential, und die Unternehmen die Verlagerung von Standorten in günstigere Regionen, die näher als Asien waren.

Was dann erfolgte, ist aus meiner Sicht eine Überdehnung der EU, in räumlicher, und in finanzieller Hinsicht. In räumlicher Hinsicht geschah die Integration neuer Mitgliedstaaten in zu hoher Geschwindigkeit, und ohne dass die Kandidaten tatsächlich die Normen erfüllten, die theoretisch gestellt waren. Das rächt sich heute, eigentlich schon immer. Denken Sie nur an die Rechtsunsicherheit, die Bürgerrechte, die in gewissen europäischen Ländern nicht europäisches Niveau haben, wie sich das die Gründerväter vorstellten, und wie es in Sonntagsreden beschworen wird, und es unabdingbare Voraussetzung für Investitionssicherheit und die Entwicklung demokratischer Gepflogenheiten und Rechten für alle nötig wäre. Die Folgen sind, unter anderen: Weitverbreitete Korruption in manchen neuen Ländern, Rumänien und Bulgarien, Abkommen, an die sich die Mitglieder nicht halten, teilweise halten können, weil sie zu wenig Unterstützung erfahren. Hier ist besonders Schengen/Dublin zu nennen, das von den überforderten Ländern mit langen und komplexen Aussengrenzen, Griechenland, Italien, Spanien, nicht umgesetzt wird. Sie lassen Asylbewerber weiter in andere Staaten, nehmen aus andern Staaten zu wenig oder keine zurück usw. Die räumliche Überdehnung der EU führte dazu, dass man die neuen Mitglieder gar nicht integrieren konnte und teilweise nicht wollte. Das wären auch fast übermenschliche Anstrengungen gewesen. Wenn Sie sehen, welche ungeheure Anstrengungen allein das mächtigste europäische Land Deutschland unternehmen musste und immer noch unternimmt, um die ehemalige

DDR zu integrieren, dann können Sie die Dimensionen erahnen, die es bräuchte, um ähnliche Resultate mit dem gesamten ehemaligen Ostblock zu erzielen.

Die räumliche Überdehnung der EU ist hypothetisch bis in die Türkei vorstellbar bzw. wird diskutiert. Das zeigt auch, dass innerhalb der EU die Frage nach den Werten, die Europa ausmachen, sukzessive den geostrategischen und wirtschaftspolitischen Interessen gewichen ist. Die ursprüngliche Idee einer Handelsgemeinschaft zur Friedenssicherung entwickelt zu einer theoretischen europäischen Wertegemeinschaft, reduziert sich nun wieder zu einem politischen Kartell. Kleine Klammerbemerkung: ob die Türkei je Mitglied werden soll, ist eine Frage, die ich sicher nicht einfach so mit Nein beantworten würde zum jetzigen Zeitpunkt. Warum das so ist, können wir evt. nachher noch ausführlicher diskutieren. Kurz: der Westen muss sich die Frage stellen, was klüger ist: Der Versuch, einen islamisch geprägten Staat zu europäisieren und demokratisieren, oder durch Betonung der christlichen Vergangenheit Europas die Grenze dort zu ziehen, wo die Religion sie legt, mit dem Risiko, dass sich ennet der Grenze in der Nähe Europas der Islamismus ausdehnt. Auf jeden Fall dürfen wir es uns nicht so einfach machen wie die USA den Europäern raten, die nur deshalb die Türkei gerne in der EU sähen, damit ihre Militärbasen gesichert sind und der Einfluss Russlands kontrollierbar bleibt.

Mit der finanziellen Überdehnung der EU meine ich zweierlei: einerseits die irrsinnige Umverteilung von Geldern, die absurde Stützung vor allem der Landwirtschaft, die die Bauern dann eh nicht genug zufrieden stellt, das unentwirrbare Knäuel von Subventionen und Fördergeldern für alles Mögliche ohne wirkliche Kontrolle, mit entsprechendem Korruptionsrisiko in Brüssel und bei den Empfängern, sowie falschen Anreizen zu Hauf. Wenn Salami in Italien nur so produziert werden kann, dass man halbtote Tiere quer durch Europa karrt, aber solcher Unsinn immer noch rentabler ist als andere Produktionsweisen, stimmt nicht nur dabei etwas nicht. Diese Situation wird so lange nicht ändern, als man das schlechte Gewissen Deutschlands aus historischen Gründen sich in gutem Geld auszahlen lässt. Deutschlands Politik hat hier immer noch grosse Bedenken, darauf hinzuweisen, dass es eigentlich nicht nur der dumme Zahlmeister sein sollte. Zu schnell werden sie dann immer noch an ihre historische Schuld erinnert, zu schnell fürchten sie, dann als schlechte Europäer da zu stehen, als zu grosser und mächtiger Player, der Europa dominieren will. Ohne jemandem zu nahe zu treten, als NFA geplagter Zuger: die Deutschen sind in Europa

das, was die Zürcher in der Schweiz sind: stark, gross, mächtig, zahlend, die Zuger nur letzteres, und von den andern immer wieder daran erinnert, ja nicht deswegen noch Ansprüche zu stellen, weil's dann Arroganz wäre. Ich kann die Deutschen gut verstehen.

Das Europrojekt gehört ebenfalls in das Phänomen der finanziellen Überdehnung. Im Nachhinein ist man immer klüger. Ein ehemaliges Mitglied des Bankrats der Nationalbank, ein Spezialist würde man meinen, gab vor zwei Jahren unumwunden zu, die Schwächen des Euro-Konstrukts nicht erkannt zu haben, dass eine gemeinsame Währung ohne gemeinsame Währungspolitik und Haushaltspolitik nicht geht. Heute eine Binsenwahrheit, noch vor 20 Jahren antieuropäische Polemik. Auch hier tut man gut daran, nicht einfach das Nord-Süd-Gefälle zu beschwören, im Norden die rechnenden Protestanten mit Austerity, und Arbeitsmoral, im Süden der mediterrane katholische Schlendrian, mit niedrigem Arbeitseifer. Das ist zu einfach, und unterschlägt beispielsweise die hohe Arbeitsethik und den Unternehmergeist, den beispielsweise das Piemont, die Lombardei und den Veneto auszeichnet. Nein, die ersten, die die strengen Maastrichtkriterien verletzten, waren die Grossen: Deutschland und Frankreich. Damit wurden fatale Signale gesetzt, dass wenn die Grossen die Normen, die sie selbst setzen, selbst verletzen, sie also nicht wirklich gelten.

Zusammenfassend: betrachtet man die Geschichte der EU, dann muss man feststellen, dass wir folgende Entwicklung haben: Beginn mit pragmatischen Ansätzen, Friedensförderung durch Handelsbeziehungen, gefolgt von Aufblähung von Bürokratie, Überdehnung in finanzieller und räumlicher Sicht, bis zu Belastungen an der Grenze. Wenn der Chef der Europäischen Zentralbank vor einem Jahr zur Beruhigung der Finanzmärkte in Aussicht stellt, so viel Geld zu drucken wie nur irgend nötig, wenn Bundeskanzlerin Merkel sagen muss, dass der Tod des Euros der Tod der EU bedeuten würde, dann müssen wir ernüchert feststellen, dass a) zwar das Ziel der Gründerväter, der Friedenserhalt in Europa durch Handel, zwar immer noch als erreicht gelten kann, dass aber b) durch eine verfehlte Währungs- und Wirtschafts- und Haushaltspolitik in Europa eine verlorene Generation heranwächst. In Spanien ist jeder zweite 20jährige arbeitslos. Bis die Wirtschaft wieder so laufen wird, dass er Aussicht auf Arbeit hat, kann es 10 Jahre dauern. Dann aber wird die Wirtschaft genügend 20jährige finden, und nicht die 30 jährigen anstellen. Wer heute in Spanien als 20 jähriger arbeitslos ist, hat Aussichten, dies lebenslang zu bleiben.

Dies könnte den Frieden in Europa in einigen Jahren stark gefährden. Es gibt genug radikale Gruppierungen links und rechts, um diese Frustration politisch zu kanalisieren.

Der deutsche Humorist Lorient prognostizierte einmal Folgendes: „Aus einem Europa befreundeter Staaten wird eine zänkische, missgünstige Grossfamilie werden“. Das ist elementar richtig. In der Kleinfamilie streiten sich schon Söhne und Töchter. Eine Grossfamilie streitet sich unter den Teilfamilien. Auch ganze Regionen streiten sich mittlerweile, zum Beispiel Nord und Süditalien, oder Ost und Westdeutschland. Das lässt sich weiterdenken bis zu erneuten Kriegen zwischen Staaten, so fern uns diese Aussicht auch heute scheinen mag. (H. M. Enzensberger).

3. Die Haltung der Schweiz/er zur EU, über die Jahre betrachtet

Die Haltung der Schweizerinnen und Schweizer zu Europa, zur EU, machte genau wie die EU selbst, und genau wie die Schweiz selbst, Veränderungen durch. Das ist banal. Trotzdem ist es manchmal aus meiner Sicht durchaus auch nützlich, sich diese Entwicklung noch einmal anzusehen. Es ist dann durchaus frappierend zu, wie anders 20 Jahre nach der EWR Abstimmung diese Frage diskutiert wird.

Auch hier denke ich, ist die Zäsur 1989 entscheidend, und dann die Zäsur Anfang des 21. Jahrhunderts.

Vor 1989 war Europa, die EWG, für die Schweizerinnen und Schweizer nicht die grosse Bedrohung, sondern als westlich orientierter Wirtschaftsraum weder besonders positiv noch negativ besetzt. Die Beziehungen waren meistens problemlos, politisch wusste auch das neutrale Land Schweiz, dass zwischen Ost und West keine neutrale, sondern klar parteiische Position inhärent die Leitschnur der Schweizer Aussenpolitik war. Pilgerzüge heute altgrauer Sozialisten hinter den Eisernen Vorhang hatten eher etwas operettenhaftes, und Moskau einfach wünschte man damals noch so ziemlich jedem, dem es einfiel, an diesen Positionen massiv zu rütteln.

1989 brachte die Erkenntnis, dass der Rest von Europa – mit Ausnahme vielleicht der schon damals weitsichtigeren und realistischeren Briten – die Ausdehnung der Europäischen Gemeinschaft euphorisch vorantreiben wollte. Die sozialistischen Länder wollten in die EU aus klaren und verständlichen wirtschaftlichen Interessen und dem Wunsch zur Distanz zur ehemaligen Sowjetunion, der Westen nahm jeden auf, im Triumphgefühl der kapitalistischen Sieger über den Sozialismus. Blühende Landschaften versprach Bundeskanzler Kohl, freie Grenzen, über ganz Europa, Abbau aller Schranken, und – wohl immer dabei – der Wunsch, Europa wieder eine neue stärkere Rolle zu geben, politisch, wirtschaftlich, militärisch. Die Schweiz war davon etwas überrumpelt worden. Die politische Elite in der Schweiz liess sich von dieser europäischen Euphorie anstecken, man fürchtete die Isolation, weil unsere neue Rolle nicht gefunden war. Die Westanbindung machte keinen Sinn mehr, die Expansion nach Osten war für den Kleinstaat Schweiz kein Thema, für die Wirtschaft auch noch nicht so schnell, und man hatte dem wachsenden Selbstbewusstsein Brüssels, Europas, noch wenig Eigenes entgegenzusetzen.

Die 700 Jahr Feier 1991 geriet zum selbstzerfleischenden mühsamen Ritual, die Kriegsgeneration fühlte sich nicht mehr genug respektiert, die Aufarbeitung der Geschichte kam langsam ins Rollen. Schweizer Intellektuelle und solche, die sich als solche bezeichneten, fanden es schick, sich von der Schweiz zu distanzieren. Typisch für diese Stimmung war die Rede von Friedrich Dürrenmatt beim Empfang des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Havel, der lange Jahre wegen seiner Haltung in Gefängnissen verbrachte. Dürrenmatt beschrieb die Schweiz als Gefängnis. Die Schweizer würden nicht merken, dass sie in einem Gefängnis leben würden, dem ihrer eigenen Bequemlichkeit und Risikolosigkeit und Durchschnittlichkeit, sondern würden das fälschlicherweise als Freiheit bezeichnen. Er wollte, dass die Schweiz kein Gefängnis mehr sein solle, indem sie ein Teil Europas würde, eine der Regionen Europas, in dem die Nationen weniger wichtig würden und die Regionen wichtiger. Ich persönlich fand das damals ausserordentlich zynisch, jemandem, der wegen seiner politischen Haltung seine Freiheit einbüsste und real in Gefängnissen war, nur aufgrund seiner Überzeugung, das Land in dem er zu Gast war, als Gefängnis darzustellen. Die Bequemlichkeit, die Dürrenmatt den Schweizern andichtete, war eigentlich vor allem seine eigene, die äusserst klischeehaft argumentierte, und respektlos vor der Idee der Freiheit.

Aber diese Haltung war typisch, und die politische Elite verfiel ihr. Letztendlich wäre Christoph Blocher nie so stark geworden, hätte das Politestablishment sich etwas klüger verhalten und wäre nicht so abgehoben gewesen. Ein Beispiel für die Weltfremdheit der politischen Elite war für mich, dass zwei Bundesräte beim Besuch in Brüssel nebst der EWR Beitrittsanfrage gleich morgens um 3 ziemlich betrunken auf die gloriose Idee kamen, gleich auch noch ein Beitrittsgesuch zur EU zu deponieren. Dass sie zu viel getrunken hatten, ist bezeugt durch Staatssekretäre, die dabei sein durften oder mussten. Politischer Dilettantismus, für den FDP und CVP heute noch büssen. Aus dieser Haltung heraus war das Nein zum EWR vom damaligen Bundesrat und der Mehrheit des Parlaments nicht ein demokratischer Entscheid, sondern eine Dummheit des Volks. Die Folge dieser Haltung: 10 Jahre troztköpfige Politik des Bundesrats, auf den bilateralen Weg gezwungen, und alles was schief lief in Wirtschaft und Politik, mit der Ausrede zu begründen, dass man nicht EWR Mitglied sei.

Noch 2002 stellte Avenir Suisse in einem Buch der Schweiz eine schlechte Bilanz vor. Ich zitiere: Das Nein zum EWR blockierte die Integration der Schweiz in den

europäischen Binnenmarkt. Der Vergleich Schweiz EU fällt ernüchternd aus. Die Schweiz liegt zwar in 9 von 22 wirtschaftspolitischen Indikatoren vorn, aber gerade bei den für die Zukunft wichtigen Wachstumsgrössen figuriert sie im letzten Drittel der untersuchten Länder. Die Sozial-, die Staatsausgaben und die Abgaben an den Staat haben in der Schweiz stärker zugenommen als in den meisten oder gar allen EU/EWR Staaten. Zitatende. Noch vor 10 Jahren war man in den liberalen Think Thanks der Meinung, die EU Staaten hätten die Staatsfinanzen besser im Griff als die Schweiz. Das ist jetzt noch nicht so lange her, als dass man sich nicht wundern könnte, warum damals Experten die dramatische Entwicklung der Eurozone nicht mindestens in Ansätzen sahen. Denken Sie daran, wenn Sie das nächste Mal sogenannte Experten hören und von ihnen lesen.

Und wie ist es heute, 2013? Am Anfang zitierte ich die Jubiläums Arena Sendung, wo selbst ein ausgesprochener Juso Dogmatiker stotternd anerkennen musste, dass die Frage, wem es denn heute eigentlich besser gehe, nicht so zu beantworten ist, wie er das im sozialistischen Kaderseminar auswendig gelernt hatte. Die Evidenz ist dermassen klar, dass das Thema Beitritt der Schweiz zur EU politisch niemanden mehr provoziert, sondern nur noch mitleidiges Lächeln hervorruft. Das Gefährliche an dieser Haltung ist eigentlich nur die Selbstgerechtigkeit und Bequemlichkeit, die sich breit macht, weil es den andern schlechter geht als uns, und wir meinen, das sei nur unserer Tüchtigkeit allein zu verdanken. Wir sollten nicht den Fehler von Avenir Suisse vor 10 Jahren heute wiederholen, und glauben, unsere Position sei auf Jahrzehnte hinaus so sicher und gut, dass die Frage des EU Beitritts sich gar nicht mehr stelle, quasi von selbst. Momentan sind wir meines Erachtens nicht vor allem deshalb besser, weil wir es besser machen, sondern weil die andern es wesentlich schlechter tun als wir. Deshalb sollten wir eher fragen, was sich denn seit Anfang dieses Jahrtausends in der EU so massiv verändert hat.

Die ersten Antworten sind die banalsten: Eurokrise, die Schuldenwirtschaft, die Bürokratie, die zu schnelle Vergrösserung ohne Integration, die Migration innerhalb der EU und in die EU hinein. Nicht wirklich schöne Dinge.

Für mich kommt etwas hinzu: Der Beginn des 21. Jahrhunderts ist geprägt vom Aufstieg neuer Mächte auf der Weltbühne, wirtschaftlich und politisch. Brasilien erlebte Wirtschaftswachstum, Russland erholte sich von seinem katastrophalen ersten Jahrzehnt nach der Sowjetunion, Indien und China sind neue gewaltige Player, die mit ihrem Wachstum das Wachstum der Weltwirtschaft bestimmen. Die

neue Weltordnung bringt eine Verschiebung der Gewichtung vom Atlantik zum Pazifik. Die „Immer-noch-Weltmacht“ USA richtet sich darauf aus, die Rolle Europas ist nach der euphorischen Phase nach 1989 wieder die des alten Kontinents, der Mühe hat, mit der neuen Dynamik mitzukommen. Natürlich wird das innereuropäisch nicht so gesehen, und schon gar nicht gern anerkannt. Natürlich ist in den sogenannten BRIC Staaten der Wohlstand enorm ungleich verteilt, die demokratische und rechtsstaatliche Kultur noch weit hinter europäischen Standards, und geht es den Armen in einer Gesellschaft in Europa nach wie vor weitaus am besten weltweit.

Diese Krise Europas wirkt sich aus, in der Haltung des schwankenden Riesen gegenüber den Zwergen in seiner nächsten und weiteren Umgebung, und in der nächsten Umgebung sitzen halt wir. Die EU ist weniger wettbewerbsfähig. Da liegt es nahe, die Schuld daran zu externalisieren, und die Schweiz ist da dankbare Zielscheibe. Wir sind attraktiv für globale Unternehmen, die Steuern sind da nur einer der wichtigen Faktoren. Oberflächlich gesehen ist es einfach uns in die moralisch undankbare Rolle des Schurken zu drängen, der unversteuerte Gelder hortet, das Bankkundengeheimnis hoch hält – noch – und der das dankbare Bild des Profiteurs geben kann. Das verdeckt eigene Schwächen. Aber die Druckversuche der EU führen in der Haltung der Schweizer nur zum Gegenteil dessen, was man allenfalls erreichen will.

4. Was sollte die Schweiz tun?

Was soll die Schweiz tun? Zunächst einmal: es gibt die Schweiz nicht, sondern nur die Schweizerinnen und Schweizer. Unsere Regierung ist institutionell gewollt eine sehr schwache Regierung, die nichts Wichtiges ohne den Souverän, das Volk tun kann. Ob der derzeitige Bundesrat trotz institutionell gewollter Schwäche nicht etwas stärker und überzeugender daher kommen könnte, überlass ich gern Ihrem persönlichen Urteil, genauso wie ich meines für mich behalte.

1. Die Schweiz muss anerkennen, dass sie auch weiterhin umgeben ist nicht von Freunden, auch nicht von Feinden, aber von Staaten und Regierungen mit handfesten Interessen. Wenn man das anerkennt, dann ist es nicht so schlimm, wie manchmal geschrieben wird, dass die Schweiz keine Freunde mehr habe. Wir müssen nicht geliebt, wir müssen respektiert werden. So ist es aus meiner Sicht dann fatal, wenn ein Mitglied des Bundesrats nach Frankreich reist, man sie dort eine

halbe Stunde warten lässt, und sie dann ein Abkommen unterzeichnet, wo die Schweiz in Steuerfragen Frankreichs Wünschen viel zu weit entgegenkommt. Das Erfolgsrezept der Schweiz muss nach aussen besser verteidigt werden, unser Bundesrat muss selbstbewusster verhandeln, und darf erst bei erfolgreichen Abschlüssen selbst ins Ausland reisen, vorher muss er das unterstellten Personen überlassen. Wir Schweizer haben eine gute Tradition des vernünftigen Kompromisses, des Ausgleichs. EU Staaten in finanziellen Nöten haben dies nicht. Darauf muss man sich einstellen, besser als es der jetzige Bundesrat tut.

Auch der häufige Vorwurf der EU, wir seien Rosinenpicker und nicht solidarisch innerhalb der EU, ist geschicktes Marketing, aber inhaltlich abwegig. Sie man zum Beispiel die Handelsbilanz an, dann erzielt die EU einen jährlichen Überschuss von 20 bis 30 Mrd CHF. Dabei kann sie sich erst noch darauf verlassen, dass die Schweiz als solvente Debitoren wohl zahlungszuverlässiger ist als andere EU Staaten.

Zudem hat die EU bei allen bilateralen Verträgen ja nicht einfach aus Nächstenliebe zugestimmt, sondern weil ihre Interessen offenbar auch genügend berücksichtigt wurden. Der Vorwurf des Rosinenpickens ist fehl am Platz. Das einzige öffentliche Gut, das die EU anbietet, und von dem die Schweiz profitiert, ist die dauerhafte Befriedung Europas und die politische Stabilität nach dem Zusammenbruch des Ostblocks. Aber genau dafür zahlt die Schweiz auch, nämlich die sogenannten Kohäsionszahlungen. Die Schweiz hat keinerlei Grund, sich wegen der Europapolitik Asche aufs Haupt zu streuen. Sie könnte den bilateralen Weg mit wesentlich mehr Selbstbewusstsein gehen.

2. Wir müssen uns darauf einstellen, dass die geostrategische, auch die wirtschaftliche Bedeutung Europas abnehmen wird, dass das Interesse unseres wichtigsten und nach wie vor unverzichtbaren Partners, den USA, von Europa nach Asien sich verlagert. Das schmerzt, denn wir Europäer gehen seit dem Ende des Mittelalters immer noch davon aus, dass unser Einfluss in der Welt stark bleiben wird. Ein chinesischer Diplomat sagte mir schon vor Jahren: „wissen Sie, wir Chinesen waren 2000 Jahre lang die dominante Weltmacht, dann kamen 500 europäische Jahre, jetzt sind wieder unsere 1000 Jahre dran.“ Wir Schweizer können das cool nehmen, wir hatten nie den Anspruch, worldwide Einfluss zu haben, aber für die grossen europäischen Nationen ist das schmerzhaft, und sie gehen unterschiedlich damit um, pragmatisch wie die Briten, nostalgisch wie die Franzosen,

oder wirtschaftlich kompensierend wie die Deutschen. Die EU spürt diesen Bedeutungsverlust aber stark, deshalb der Wunsch nach einer einheitlichen Aussenpolitik. Diese aber scheitert immer wieder an Nationalismen oder an der mangelnden Bereitschaft diese Aussen- und Sicherheitspolitik auch militärisch im Notfall durchzusetzen. Beim Zerfall Jugoslawiens war offensichtlich, dass Europa zwar den Anspruch hat, bedeutend zu sein, aber nicht einmal fähig, auf eigenem Territorium Kriegsverbrechen zu verhindern. Die uneinheitliche Haltung der EU im Arabischen Frühling, Libyen, jetzt Syrien, zeigt, dass auch eine sogenannte gemeinsame Aussenpolitik folgenlos bleibt, wenn die Bedeutung Europas als Machtfaktor abnimmt.

3. Was könnte Europa tun, was könnte die Schweiz tun? Ich denke, was Europa ausmacht, müsste man wieder genauer ansehen, anerkennen, und stärken, und zwar unabhängig von der EU, und dort, wo die Schweiz problemlos mitmachen kann und ihren Beitrag liefern. Was macht denn Europa aus? Europa ist etwas anderes als die EU. Es gibt die geographische Realität, das andere ist eine politische Konstruktion. Der Trick besteht darin, dass die EU beides gleich setzt. Sie nimmt für sich in Anspruch, die geographische Realität zu zeigen. Europa ist aber etwas anderes als die EU. Es gibt – gemäss dem Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger – „das Europa der Leute, der Geschäfte, der Kultur usw., das sind unzählige menschliche Beziehungen, oft privater Art, und das ist ein weit dichteres und vitaleres Netz als wir es in den trockenen Maastricht- und Lissabon-Verträgen finden. Ich sage immer, wenn Sie mich an einem Fallschirm abspringen lassen, irgendwo auf der Welt, werde ich Ihnen nach der Landung innerhalb von zehn Minuten sagen können, ob ich mich in Europa befinde oder nicht. Da ist diese Landschaft, die seit mehreren tausend Jahren von Menschenhand durchgearbeitet ist. Da ist der Grundriss eines europäischen Dorfes, egal ob in Flandern oder in Sizilien: in der Mitte der Marktplatz, daneben die Kirche. Wenn man mich in einer europäischen Stadt am Bahnhof rauslässt, finde ich instinktiv ins Zentrum. Versuchen Sie das mal in Los Angeles oder in Karachi. Es handelt sich um eine Art europäischen „way of life“, der historisch gewachsen und nur auf diesem Kontinent zu finden ist, dort aber überall. Damit kann man sich identifizieren, und das tun die Europäer.“ Ersetzen Sie europäisch mit schweizerisch, setzen Sie neben europäisch schweizerisch, es ist dasselbe, es ist die gleiche Erfahrung. Sie sehen, geschichtlich, von der Lebenswelt her, sind wir Schweizer so selbstverständlich Europäer, wie jedes andere Land. Aber

was wir ablehnen, und was auch zunehmend in andern Ländern das Volk so sieht, wenn man es denn befragen würde, ist die Gleichsetzung von Europa mit dem Komplex EU. Deshalb wird jede Kritik an der EU seitens der Herrschenden immer gleich zur Kritik an Europa diffamiert und abgewehrt, was die Entfremdung nur fördert.

Das scheint mir in der Hassliebe Schweiz EU einer der wichtigsten Aspekte: wir meinen mit der Kritik an der EU die Institution, die EU versteht das immer als Kritik an der europäischen Idee, an Europa an sich. Das macht auch die landesinterne Diskussion aus meiner Sicht immer so ermüdend. Wir müssen EU und Europa unterscheiden.

4. Es gäbe eine europäische Institution, die viel geeigneter wäre, den europäischen Gedanken in seinem Kern zu fördern, nämlich Freiheit, Vielfalt, Menschenrechte. Ich spreche vom Europarat in Strasbourg. Er hat die Aufgabe, gemäss Artikel 1 seiner Satzung, „den engeren Zusammenschluss unter seinen Mitgliedern zu fördern.“ Das genügt, denn darum ginge es primär bei der ursprünglichen europäischen Idee. Der Europarat tut das, indem er sich auf die Themen Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Demokratie. Sie kennen den vermutlich kaum. Das ist ein Rat, wo Delegationen aus 46 Ländern, allen europäischen plus einige nicht europäische wie Russland, Türkei, Armenien, Aserbeidschan. Ich bin dort Mitglied der 12 köpfigen Schweizer Delegation.

Jetzt werden Sie seufzen und sagen, etwas so Unbekanntes, und dann noch die Russen und Türken dabei. Das mag stimmen, aber der Europarat ist das einzige Gremium, wo die grundlegenden Werte Europas erstens einigermaßen gepflegt werden, wo man mit Vertretern aus Nationen zusammenkommt, in deren Heimat nicht einmal minimale demokratische Rechte für alle gelten, und vor allem, wo sie kleine Verbesserungen konkret für die Menschen hinkriegen können mit Gesprächen, Treffen, und nochmals Gesprächen und Treffen, und den Versuchen, zu überzeugen. Natürlich sind die Wirtschaft und der Handel nicht das Thema, das soll man auch nicht tun. Aber ich rate Ihnen einmal einen Besuch im Europarat, wo ich gelernt habe, dass bei der Realisierung der europäischen Idee die Schweiz ganz selbstverständlich mitmacht, mitmachen kann, und vor allem, ihre grosse Erfahrung in Machtkontrolle, Demokratie einbringt, und andern Ländern einfach mal zeigen kann, sehr einfach gesagt, „wie man das macht“, wie man keine Angst vor

Minderheiten haben muss, sondern wie man sie integriert und nicht ausgrenzt, bevor sie sich radikalieren.

Wenn man dort mal mit Russen spricht, wie in ihrem kaukasischen Hinterhof die Islamisierung und Radikalisierung voranschreitet, dann sind diese Leute enorm dankbar, für europäisches Knowhow in Sachen Demokratie, Rechtsstaat, Minderheiten. Selbst die Schweizer Delegation, bestehend aus allen Parteien, pflegt untereinander einen wesentlich friedlicheren Umgang und tritt geschlossen auf, wenn es darum geht, die Erfahrung und Anliegen der Schweiz einzubringen. Ich nehme das Risiko auf mich, dass ich Ihnen jetzt überkomme, als nehme ich das nur deshalb so wichtig, weil ich selbst dort für die Schweiz sitzen darf, und gestehe, dass dieses Risiko besteht. Aber ein Nachdenken scheint es mir wert.

Wer redet, schießt nicht, oder mindestens noch nicht. Der Europarat ist europäischer als die EU, und deshalb kann die Schweiz als selbstverständlich europäisches Land dort sehr gut mitmachen, und sie tut es. Kleiner Werbespot am Rande: Besuchergruppen haben übrigens den Vorteil, kulinarisch und touristisch in Strasbourg mindestens so gut begleitet zu werden wie im Berner Bundeshaus. Sie sind herzlich willkommen, wenn Sie sich davon ein Bild machen wollen.

5. Die Schweiz soll weiterhin ausserhalb der EU bleiben, und sich dadurch profilieren, dass sie quasi ein anderes Europa darstellt. Sie tut das ja im wirtschaftlichen Bereich schon längst. In der Politik sollte man das noch stärker forcieren. Das Freihandelsabkommen mit China ist in seiner Bedeutung kaum zu unterschätzen. Als vor Jahren, noch unter Bundesrätin Leuthard, die ersten Schritte gemacht wurden, kamen seitens der chinesischen Verhandlungsdelegation sehr schnell – für chinesische Verhältnisse schnell – positive Signale. Warum? Die Chinesen verfolgen eine klare Strategie, die je nach Kontinent variiert. Bezüglich Europa und dem Ausbau der Handelsbeziehungen haben sie ganz bewusst die Schweiz als erstes Land ausgewählt, mit dem sie Freihandel betreiben wollen. Auf die Frage warum ausgerechnet mit uns, antwortete die Delegation: Ihr seid klein, unabhängig, und keine Bedrohung für uns. Mit euch versuchen wir ein Freihandelsabkommen mit einem europäischen starken Wirtschaftsstandort, einem reichen Land. Wir werden die Erfahrungen, die wir mit der Schweiz machen, analysieren, auswerten, und uns dann an die grösseren Brocken, zum Beispiel die EU, wagen.

Hier profitiert die Schweiz ganz klar von ihrer Position ausserhalb der EU, aber doch klar im Westen verankert, in Europa.

Hätte die Schweiz vor zehn Jahren den Mut gehabt, mit den USA in Freihandelsverhandlungen einzusteigen, wie das damals Vorstösse im Parlament forderten, wären wir auch bezüglich der USA in einer besseren Position, jetzt, wo die EU mit den USA verhandelt, kommen wir vermutlich nicht mehr hinein, bis das abgeschlossen ist, und wir müssen aufpassen, hier nicht Nachteile uns einzuhandeln. Aber die Landwirtschaft in der Schweiz war schon damals eine Macht, politisch gesprochen, und wehrte sich vehement dagegen.

6. Die Schweizer Politik muss es der Wirtschaft nachmachen, die schon länger begriffen hat, dass die Fixiertheit auf die EU nicht wirklich zukunftsfähig ist. Die EU ist nicht der Markt der Zukunft, obwohl die gegenwärtige Handelsbilanz das natürlich noch so erscheinen lässt. Aber ich bin überzeugt, auch die Politik muss sich davon lösen, dass sie jede kritische Äusserung von Herrn Barroso zu interpretieren beginnt wie das Orakel von Delphi. Wenn die EU verärgert scheint, so what.

7. Andere Märkte und andere Länder, insbesondere da, wo die Wirtschaft wächst, haben ein ganz anderes Bild der Schweiz. Natürlich sind sie weiter weg als Europa, natürlich gibt's da Einschränkungen. Singapore nahm sich vor ca. 30 Jahren die Schweiz als Vorbild. Mittlerweile ist Singapore in Asien das, was die Schweiz in Europa ist. Ein Hub für Dienstleistungen aller Art, ein Wirtschafts- und Finanzplatz, der davon profitiert, dass er zwar klein, aber stabil und unabhängig ist. Die Schweiz sollte das Singapore Europas werden oder bleiben, und diese Position verstärken. Abgesehen davon, sogar im Vergleich zu Singapore haben wir immer noch sehr viel mehr zu bieten, wie intakte Naturlandschaften, bessere Bildung, mehr Tradition, und mehr Demokratie, was immer auch mehr Stabilität verspricht. Aber auch hier: dass wir heute noch besser sind, ist keine Garantie dass wir es auch morgen noch sein werden, im Gegenteil.

Abschliessend: die Schweiz muss sich weiterhin behaupten, eigenständig bleiben, Alternativen zur EU entwickeln und zeigen, dass sie eigentlich europäischer ist als die EU selbst, und ihre Erfahrung dort einbringen kann, wo es den Menschen konkret etwas nützen kann. Zudem müssen wir die EU von Europa unterscheiden, und unseren Unternehmen die Rahmenbedingungen geben national und global so wettbewerbsfähig zu bleiben, wie sie es sind.

5. Was sollte die EU tun? Von den Briten lernen!

Wenn man mich fragen würde, was die EU tun könnte, würde ich sagen, dass sie auf die internen Kritiker vor allem von der Insel mehr hören sollte. UK hat es immer geschafft, sich zwar in der EU zu integrieren, wie es für eine so grosse Nation in Europa wohl nötig ist, aber immer noch genügend Eigenständigkeit zu bewahren, wie es für einen souveränen Staat mit grosser Vergangenheit und grosser demokratischer Tradition wohl nötig ist – da ähnelt UK der Schweiz. Sie wissen es, in Grossbritannien ist die Mitgliedschaft in der EU ein Thema. Der englische Premierminister David Cameron hat Ziele aufgestellt, die seiner Meinung nach die EU erreichen muss, wenn sie zukunftsfähig bleiben will. Sie zeigen auch deutlich auf, wo die Schwächen der EU sind.

1. Wettbewerbsfähigkeit. Im Kern der EU sollte der gemeinsame Markt stehen. Im Kern des Europarats die gemeinsamen Werte. Der globale Freihandel muss stärker gefördert werden durch die EU, und die Wettbewerbsfähigkeit der Mitglieder muss verbessert werden.

2. Flexibilität: Die Struktur muss der Verschiedenheit der Mitglieder stärker Rechnung tragen. Natürlich braucht ein funktionierender gemeinsamer Markt verlässliche Regeln. Aber ebenso klar muss der EU Markt flexibler, offener werden, um besser auf neue Entwicklungen zu reagieren. Andernfalls droht der Rückschritt verglichen zu Asien und den USA: Die EU muss die Geschwindigkeit und Flexibilität eines Netzwerks haben, nicht die schwerfällige Starre eines Blocks. Die Vielfalt muss man fördern, statt sie zu ersticken.

3. Befugnisse

Die Mitgliedstaaten sollen nicht nur Befugnisse nach Brüssel abgeben müssen, sondern diese auch wieder zurückfordern können. Das ist nicht so überraschend neu, sondern in den Verträgen von Laeken 2001, ein Jahr nach Nizza, an sich vereinbart worden. Nur hat die EU davon keinen Gebrauch machen wollen. Das müsste richtig umgesetzt werden, Länder unterscheiden sich, sie treffen unterschiedliche Entscheidungen und man soll nicht alles harmonisieren.

4. Rechenschaft

Die nationalen Parlamente müssen wieder gestärkt werden. Es gibt kein einheitliches europäisches, schon gar kein EU Staatsvolk. Die echte demokratische Legitimität muss in Zukunft weiterhin bei den nationalen Parlamenten liegen. Es sind die

nationalen Parlamente, die, wenn überhaupt, den jeweiligen Staatschefs überhaupt Eindruck machen, nicht das Parlament in Brüssel.

5. Fairness

Alle Massnahmen müssen für alle Mitglieder gelten, von allen Mitgliedern aber auch ordentlich durchgeführt werden. Schengen Dublin ist nur dann sinnvoll, wenn sie alle daran halten, die Euro Einführung funktioniert nur dann wenn alle Mitglieder sich an die Regeln halten.

So weit zu den Forderungen des britischen Premierministers. Man sieht schön, was eben in der heutigen EU nicht funktioniert. Es zeigt etwas, was wir zwar wissen, was aber zu wenig in die Politik der Schweiz einfließt: die Kritik die EU intern an der EU besteht, die Unzufriedenheit, die Enttäuschung auch. Das sollten wir nicht vergessen, wenn wir mit der EU verhandeln, und wenn die Vertreter der EU gegenüber der Schweiz so auftreten, als sei alles was sie sagen und wollen, EU intern völlig unbestritten.

6. Wie man einen Europäer überzeugen könnte, warum es besser für alle ist, wenn die Schweiz kein Mitglied der EU wird

Zum Schluss ein paar Argumentationen, wie man einem Bürger aus der EU erklären könnte, warum es für alle besser ist, wenn die Schweiz kein Mitglied der EU bleibt. Ich würde ihm zu erklären versuchen, was die Schweiz ausmacht, und dann ist es klar, dass es nicht passen würde. Was macht denn die Schweiz aus? Kein Anspruch meinerseits auf Richtigkeit und Vollständigkeit, letzteres auch angesichts der zunehmend hungrig und durstig wirkenden Personen hier im Raum.

Ich zitiere im Folgenden direkt und indirekt Auszüge aus einer Rede von N.G. Hayek vom 16. März 2009: Die Schweizer sind eigentlich die typischsten und wahrhaftigsten Europäer. Nicht weil sie die ideale Version des Paradieses verkörpern, sondern weil die Schweiz die beste aller möglichen Alternativen für Europa ist, um eine gemeinsame friedliche Zukunft zu gestalten und gleichzeitig die reiche Vielfalt und die überwältigende Kultur zu erhalten. Wie wir es geschafft haben, unsere Geschichte und die Zusammenarbeit in unserem Land in den letzten mehr als 200 Jahren friedlich zu gestalten, das kann ein hervorragendes Beispiel sein für eine demokratische und friedliche Entwicklung der europäischen Völker. Die Gründerväter der EU, Schuman und Monnet, sagten, die Schweiz sei ein Modell für Europa. Und noch einmal, dass die Kriege zwischen den grossen europäischen Nationen heute so sehr unwahrscheinlich sind, das ist die Leistung, die wir allen europäischen Politikern nicht genug verdanken und anerkennen sollen. Das hat die EU auch erreicht. Aber dieser Fortschritt, diese Leistung, die positive Entwicklung ist zum Stillstand gekommen. Als die Anzahl der EU Mitglieder noch kleiner war, hätte eine Entwicklung in Richtung Schweizerischer Bundesstaat noch möglich sein können. Mit der Überdehnung der EU und dem zu hohen Tempo ohne wirkliche Integration ist das vorbei. Anstatt wichtige und vertiefte Integration zu machen, arbeitete man oberflächlich, nahm Land um Land hinzu, ohne die Völker, die zu diesen Ländern gehörten, auch zu fragen, oder sie nur mal auch etwas mitzunehmen auf diesen Prozess. Das Establishment strebte Grösse an, um nach aussen mächtig zu wirken, verpasste die Stärkung nach innen, und wirkt heute mehr wie ein innerlich hohler Riese. Die Chance des Zusammenbruchs des Ostblocks wurde verpasst.

Der wichtigste Antrieb für die ehemals sozialistischen Staaten bei der EU mitzumachen, ist finanziell, auf die Fördermittel fokussiert, und nicht auf das, was Europa ausmacht, und nicht einmal im Finanziellen ist man bereit, auch die Regeln vernünftiger Haushaltspolitik einzuhalten. Dadurch wurde die EU zwar grösser, aber nicht mächtiger, nicht föderaler, und nicht mehr viel friedlicher, und schon gar nicht handlungsfähiger bei Konflikten.

Heute ist die EU eine schwerfällige, bürokratische und mehr oder weniger geordnete Mischung von ideologischen, sozialen, wirtschaftlichen und zum Teil finanziellen Konzepten, während alles andere dem Zufall und künftigen Generationen überlassen wird.

Wir Schweizer gehören zu denjenigen, die besser über die EU Bescheid wissen, besser als manche in der EU. In der Schweiz gab es mehr Abstimmungen und Befragungen zur EU als in jedem EU Staat. Selbst die Gründungsländer haben die Bevölkerung nie gefragt, ob diese das auch will. Das heisst die einzigen die wirklich über EU Fragen abstimmen und entscheiden, sind wir „Nicht EU ler“.

Warum wollen denn die Schweizer nicht in die EU? Es hat mit unserer Mentalität zu tun, mit unserer Kultur, unserer Erziehung. Die Schweizer Gesellschaft verachtet eigentlich Macht und Gewalt. Sie liebt den Frieden und die Freiheit. Das drücken unsere Institutionen aus, die auf Machteindämmung ausgelegt sind. Machtkonzentration bei einer Person oder Partei wird nicht geschätzt. Christoph Blocher ist nicht gescheitert als Bundesrat, weil er ein schlechter Bundesrat gewesen wäre, sondern weil er letztlich zu viel Macht wollte. Der Staat hat hier dem Bürger zu dienen und nicht umgekehrt. Deshalb konnten viele zu uns fliehen, um hier frei reden und schreiben zu können, deshalb ist das Bankkundengeheimnis bei uns breit abgestützt, immer noch. Im Unterschied zu manchen europäischen Ländern besetzte die Schweiz nicht ferne Kolonien, wo sie die Menschenrechte anders auslegten als daheim. Das ist der tiefere Grund, warum die Neutralität der Schweiz so wichtig und breit akzeptiert ist, es ist kein unsolidarisches Profitieren, sondern eine freiwillige Selbstbeschränkung aus Einsicht in die eigenen Grenzen und aus Respekt vor Machtausübung. Das führt zur schweizerischen Fähigkeit der Integration von sprachlichen oder kulturellen Minderheiten.

Wir geben Minderheiten sogar mehr Rechte als den Mehrheiten, das ist die Funktion des Ständerats, der den kleinsten Kantonen die gleiche Macht gibt wie den grössten. Die Schweizer mögen keinen Personenkult um ein Individuum, auch wenn es sich

um Bundesräte handelt. Dominante Politiker machen misstrauisch, sie werden kaum in Exekutiven gewählt. Dominant auftretende sogenannte Wirtschaftskapitäne haben keine Überzeugungskraft auf die Schweizer. Die Schweizer machen weiter einen Unterschied zwischen einer kleinen Unterlassung bei der Steuererklärung und einer massiven Steuerhinterziehung. Sie vertrauen dem Individuum mehr als dem Staat, und schützen die Rechte des Individuums. Der Schutz der Privatsphäre wird hochgehalten. Und hier sehen Sie natürlich das Konfliktpotential mit der EU. Man hat dort ein wesentlich anderes Staatsverhältnis, das von einem wesentlich kleineren Vertrauen des Staats in seine Bürger ausgeht.

Es gibt die Schweizerische Fähigkeit in Konfliktsituationen Kompromisse zu finden. Es funktioniert nie so, wie das alle gern hätten, aber es wird nach dem Volksentscheid von allen respektiert. Das zeigt sich auch in der meistens ruhig funktionierenden Sozialpartnerschaft.

Das Ergebnis aller dieser Fähigkeiten, einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft und einer starken Währung ist ein besseres und höheres Einkommen als in den meisten andern Ländern, und ein hoher Lebensstandard für praktisch alle Menschen. Wir kennen kein Proletariat mehr, die Einkommensunterschiede sind nicht so hoch, dass dies von den meisten Schweizern als ungerecht empfunden würde, mit Ausnahmen, und entscheidend: die meisten Schweizerinnen und Schweizer betrachten sich als Vollmitglied der Gesellschaft, weil sie an den meisten Entscheiden beteiligt sind, oder mindestens das Recht dazu haben.

Wir haben ein Bildungssystem, das die Jugendarbeitslosigkeit tiefer hält als anderswo. Wir haben eine Infrastruktur, die zwar an ihre Grenzen stösst, aber eigentlich alle Ecken des Landes verkehrsmässig gut erschliesst.

Wir haben den höchsten Prozentsatz Ausländer – neben Luxemburg – ohne Ghettobildung und Parallelgesellschaften. Dass die Zahl der Ausländer immer noch steigt, hat mit unserem wirtschaftlichen Erfolg und mit der Attraktivität des Landes zu tun.

Die Schweiz ist im 13. Jahrhundert gegründet worden. Während Hunderten von Jahren behielten wir eine starke Autonomie der Kantone, den Föderalismus bei. Die Schweizer Regierung ist schwach, politisch gewollt, weil wir eine starke Zentralmacht nicht wollen. Und deshalb wollen wir eine starke Zentralmacht in Brüssel noch weniger. Es passt nicht zu uns.

Wir Schweizer haben wie alle eine Menge Defizite, Nachteile und Schwächen, wie alle. Menschen, und Fehler machen wir auch, vielleicht etwas weniger, weil wir zuerst die andern Länder Fehler machen lassen, die wir dann nicht mehr wiederholen möchten. Aber, und das ist das Entscheidende: die Schweiz ist eine Erfolgsgeschichte, wie es sie in der Geschichte der Menschheit, in den letzten 200 Jahren, eigentlich fast nirgends mehr gegeben hat. Das sage ich nicht mit Stolz, weil mein Beitrag dazu gegen Null tendiert, sondern ich einfach Glück habe, hier leben zu können, aber ich sage es mit Dankbarkeit.

Letztendlich ist es dieser Erfolg, diese Perle Schweiz, was wir bei einem Beitritt zur EU riskieren würden. Der EU mit Herz und Seele beizutreten, würde einen grossen Teil dieser Perle zerstören. Das wäre weder in unserem Interesse noch dem der Menschen in Europa, schon gar nicht in der Welt. Die Schweiz ist das europäischste Land, sie ist im Herzen des wahren Europa, und niemand kann uns aus dieser wunderschönen europäischen Landkarte herausschneiden. Darum ist der gute Handel zwischen uns und der EU wichtig. Die EU verkauft uns mehr als wir der EU verkaufen. Wir sind keine Rosinenpicker, und es wäre schade, wenn wir uns von der EU erpressen oder unter Druck setzen liessen.

All dies gesagt, bin ich der Überzeugung, jeder EU Bürger, der in die Schweiz käme, und dann gefragt würde, ob die Schweiz der EU beitreten solle, würde dies verneinen. Selbst ein Politiker aus der EU würde, wenn er uns besser kennen würde, begreifen, dass es zum Nachteil beider Seiten wäre.

Wenn ich mir aber eines von diesem perfekten Land und seinen Bewohnern wünschen könnte, dann wäre es folgendes zum Schluss: dass wir stärker sehen, dass die Probleme, die wir haben, die Probleme eines erfolgreichen Landes sind, und dass diese Probleme lösbarer sind als die Probleme der EU. Diese Einsicht fehlt mir manchmal, wenn ich Debatten zuhöre. Wir können dankbar sein, nicht stolz, und wir könnten das manchmal auch etwas mehr zeigen. Die Fröhlichkeit in diesem Land ist manchmal der privilegierten Lage nicht angemessen, wir könnten da manchmal einfach etwas weniger muff sein, als wir den Eindruck machen, etwas weniger jammern, und etwas sachlicher die Herausforderungen angehen und lösen, die uns gegeben sind. Wer für einen Dialog mit der EU ist, ist deswegen noch kein Landesverräter, wer EU skeptisch ist, deswegen noch lange kein ewig gestriger Isolationist und Hinterwäldler.

Die Schweiz ist das Land mit der besten Ausgangslage, auch das 21. Jahrhundert erfolgreich, das heisst zum Wohl seiner Bürger, zu gestalten. Wer, wenn nicht wir, kann das von sich sagen? Keine Gründe für schlechte Laune.

Da werden wir es doch auch hinkriegen, mit unserem Nachbarn, möge er auch ein Koloss sein, gut umgehen zu können, ihm zu zeigen, was wir wollen, und was nicht, ihn respektieren und uns so verhalten, dass man uns respektiert. Das ist einfacher als das meiste, was andere Länder zu tun haben.

Gerhard Pfister, Nationalrat CVP ZG